



Regierung in der Krise: Kolm warnt vor Rezession und Steuererhöhungen!

Österreich steht vor einem EU-Defizitverfahren. SPÖ und FPÖ diskutieren die Ursachen und warnen vor wirtschaftlichen Folgen.

Österreich, Land - Die politische Diskussion über die finanzielle Zukunft Österreichs nimmt zunehmend an Fahrt auf. SPÖ-Vizekanzler Babler und SPÖ-Finanzminister Marterbauer bereiten die Öffentlichkeit auf ein drohendes EU-Defizitverfahren vor. Dies geschieht im Kontext einer wirtschaftlichen Rezession, die das Land derzeit beschäftigt. Laut FPÖ-Wirtschaftssprecherin Dr. Barbara Kolm ist diese kritische Lage auf die ineffizienten staatlichen Ausgaben und Förderungen zurückzuführen. Kolm bezeichnet die Umverteilung durch Förderungen als einen Faktor, der zur Verschärfung der Rezession beiträgt.

„Die Regierung wirft das Handtuch“, so Kolm, die die Verantwortung für die steigenden Defizite bei der aktuellen Regierungsführung sieht. Damit richtet sie auch einen klaren Vorwurf an die Verantwortlichen, dass sie möglicherweise versuchen werden, ihr Versagen auf die Europäische Union zu schieben, sobald das Defizitverfahren beginnt. Besondere Bedenken äußert Kolm hinsichtlich der zukünftigen finanziellen Belastungen für die Bürger, denn sie warnt vor steigenden internationalen Risikoaufschlägen für Kredite, was in der Folge höhere Kreditzinsen und Inflation zur Konsequenz haben könnte.

EU-Defizitverfahren im Detail

Im Sommer 2024 hatte die EU-Kommission bereits ein

Strafverfahren gegen sieben EU-Mitgliedstaaten eingeleitet, die sich in einer ähnlichen finanziellen Lage befinden. Österreich, einst als frugaler Musterknabe im Bereich der Haushaltsführung angesehen, steht nun vor einem eigenen EU-Defizitverfahren. Das Defizit des Landes liegt aktuell bei etwa vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und überschreitet damit das Maastricht-Kriterium von weniger als drei Prozent erheblich.

Die EU sieht sich gezwungen, bei zu hohen Verschuldungen einzuschreiten, um Fehlentwicklungen in der wirtschaftlichen Politik frühzeitig zu erkennen und gegenzusteuern. Der Prozess zur Einleitung eines Defizitverfahrens besteht aus mehreren Phasen, in denen die Europäische Kommission Berichte erstellt und diese dem Rat der EU-Finanzminister zur Genehmigung vorlegt. Bei Nichteinhaltung der Anforderungen können erhebliche Sanktionen verhängt werden, die im schlimmsten Fall auch Geldstrafen miteinschließen können.

Zukunftsperspektiven und Lösungen

Die politische Reaktion auf die drohende Krise zeigt ein Plädoyer für eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, wie von Kolm gefordert. Der bisherige Plan sieht Einsparungen von rund 6,4 Milliarden Euro vor, um die Haushaltslage zu sanieren. Ein umfassender und glaubwürdiger Sanierungsplan, der bis zum nächsten Ecofin-Rat am 21. Januar 2024 eingereicht werden muss, ist unabdingbar, um ein Defizitverfahren abzuwenden.

In einem weiteren Politikeransatz könnte das Defizitverfahren mehr Flexibilität in Krisenzeiten bieten, um die wirtschaftliche Stabilität Österreichs zu sichern. Jedoch ist die Aufrechterhaltung solider Haushaltsführung unabdingbar, um auch in zukünftigen wirtschaftlichen Herausforderungen behaupten zu können.

Die Diskussion über die wirtschaftlichen Herausforderungen ist damit nur die Vorstufe zu einem komplexen Prozess, der für die Verantwortlichen und für die österreichische Bevölkerung

weitreichende Konsequenzen haben könnte. Die Zeit drängt, und die Verantwortlichen sind aufgefordert, entschlossene Maßnahmen zu ergreifen, um Schlimmeres abzuwenden.

Weitere Details zu den Hintergründen und Abläufen eines EU-Defizitverfahrens sowie dessen Auswirkungen auf die Mitgliedsstaaten sind in den Berichten von **OTS**, **Kleine Zeitung** und **Tagesschau** nachzulesen.

Details	
Vorfall	Rezession
Ursache	staatliche Ausgaben, ineffiziente Förderungen
Ort	Österreich, Land
Quellen	• www.ots.at • www.kleinezeitung.at • www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at